



NIEDERSCHRIFT

10. Sitzung (VIII. Wahlperiode)

Gemeinsamer Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege"

Sitzungsdatum:
Dienstag, 17.01.2012

Beginn:
18:00 Uhr

Sitzungsort:
**Schulungsraum Feuerwache,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

- I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Verlagerung der Eigenbetriebe Städt. Abwasserbetrieb und Stadtpflege VIII/538
4. Mitteilungen
5. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Vertragsabschluss Friedrich-Ebert-Straße / Hindenburgstraße VIII/533.2
2. Mitteilungen
3. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

10. Sitzung des Gemeinsamen Betriebsausschusses für die
Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" vom 17.01.2012

Seite 2 von 7

Anwesenheitsliste

**10. Sitzung des Gemeinsamen Betriebsausschusses
Dienstag, 17. Januar 2012, 18:00 Uhr**

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Krappa, Gerd

CDU-Ratsfraktion

Brieske, Reinhard
Indenhuck, Hubert
Türks, Hans Willi

SPD-Ratsfraktion

Neumann, Max

Ratsfraktion Die Aktive

Külbs, Christian

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Houben, Wolfgang

sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Bartsch, Udo
Weber, Rainer

Von der Verwaltung anwesend

Bürgermeister Dick, Heinz Josef
Beigeordneter Stadtkämmerer Schultze, Bernd Dieter
Fachbereichsleiter Onkelbach, Georg
Dipl.-Ing. Kochs, Thomas
Dipl.-Kauffrau Jacob, Anja
Stadtverwaltungsrat Baches, Peter

(Schriftführerin)

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

10. Sitzung des Gemeinsamen Betriebsausschusses für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" vom 17.01.2012

Seite 3 von 7

Der Ausschussvorsitzende Gerd Krappa eröffnet die 10. Sitzung des Gemeinsamen Betriebsausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Gemeinsame Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

Aus Sicht von Herrn Friedel Herten ist die Sitzungsvorlage Nr. VIII/538 „Verlagerung der Eigenbetriebe Städt. Abwasserbetrieb und Stadtpflege“ für einen Beschluss der Ausschussmitglieder nicht ausreichend, da wesentliche Angaben zu den Kosten fehlen. Er geht davon aus, dass weitere Kosten anfallen. Dazu zählen Architektenleistungen und Grundstücksnebenkosten. Er fragt nach, ob ein Erlös von 3 Mio. EUR für das Grundstück reell ist und hält die Höhe für utopisch.

Beigeordneter Bernd Dieter Schultze erklärt, dass er eine Summe von 3 Mio. EUR nicht in der Presse gelesen hat und zur Höhe nichts sagen kann. In der Sitzungsvorlage für den Hauptausschuss vom September 2011 wurde eine Kostenschätzung von 3,75 Mio. EUR auf Grundlage der groben Raumplanung genannt. Alles weitere bleibt dem Ausschreibungsverfahren überlassen, wobei die konkrete Summe niedriger oder höher liegen kann. Der Kaufpreis für das Grundstück deckt die Investition nicht in voller Höhe. Auch die Auswirkungen auf den Gebührenzahler und den städtischen Haushalt wurden bekannt gegeben.

Bürgermeister Heinz Josef Dick vermutet, dass ein Übertragungsfehler vorliegt oder eine falsche Vokabel verwendet wurde. Die Zahlen wurden in der Sitzung im September 2011 offengelegt. In der NGZ vom 14.09.2011 erschien ein Artikel über die alten Gebäude. Der Verkaufserlös wird die Kosten für den Neubau nicht decken können.

Herr Friedel Herten führt an, dass der Vertrag mit dem Investor die Verpflichtung der Stadt für einen „vorhabenbezogenen Bebauungsplan“ für das Gelände Hindenburgstraße/ Friedrich-Ebert-Straße beinhaltet. Der Landrat des Rhein-Kreises Neuss hat ihm mit Schreiben vom 09.01.2012 bereits bestätigt, dass die Stadt beabsichtigt, für das fragliche Grundstück in Kürze ein Bauleitverfahren gem. § 13a Baugesetzbuch zur Errichtung eines Altenpflegeheims und von Altenwohnungen einzuleiten. Auf eine frühzeitige Bürgerinformation wird somit verzichtet. Die Stadt Korschenbroich versucht mit diesem Vorgehen, die Bürger aus dem Verfahren herauszuhalten. Dabei stößt die Maßnahme in der Öffentlichkeit wegen Umweltaspekten wie der Lärmbelastung und Altlasten auf massive Kritik. Er fragt nach, ob es nicht für sinnvoll gehalten wird, die Entscheidung über den Vertrag zunächst zurückzustellen und vorab gem. § 23 Gemeindeordnung NRW eine gesetzlich vorgeschriebene „Unterrichtung der Einwohner“ zu den Themen „Zentralisierung der Verwaltung“, „Neubau eines Bauhofs“ und „Planung eines Altenheims“ durchzuführen und eine Diskussion zuzulassen.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach erklärt, dass es richtig ist, ein Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch einzuleiten, da diese Vorgehensweise Zeit und Geld spart und keinesfalls am Bürger vorbei geht, sondern nur auf eine frühzeitige Beteiligung verzichtet wird. Eine Offenlage erfolgt für das Vorhaben. Das geplante Verfahren ist ein durchaus übliches Verfahren für Flächen im innenliegenden Bereich wie z.B. die Entwicklung des ALUX-Geländes.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

10. Sitzung des Gemeinsamen Betriebsausschusses für die
Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" vom 17.01.2012

Seite 4 von 7

Herr Heinz Gollan hat das Gefühl, dass man nicht auf ältere Bürger achtet und es nur um den Profit der Stadt geht. Das Thema sollte stark überdacht werden. Ältere Menschen gehören in den Ortskern. Für einen Altenheimbau stehen andere Grundstücke im Stadtgebiet zur Verfügung. Auch beim geplanten Kreisverkehr stellt sich die Frage, wie ältere Leute diesen queren sollen.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach führt an, dass die Lärmproblematik dem Investor bekannt ist. Es wird eine ordentliche Prüfung erfolgen und von zentraler Bedeutung ist, dass ein entsprechender Nachweis geführt werden muss.

Herr Werner Ortmann spricht den gefährdeten Verkehrspunkt Püllenweg / Holzkamp an, da man an diesem Gefahrenpunkt schlecht einmünden kann und fragt nach, ob berücksichtigt ist, dass dieser gefährdete Punkt beseitigt wird. Des Weiteren möchte er wissen, ob im Vertrag eine Zweckbindung für ein Altenheim vorgesehen ist oder ob sich dort Gewerbebetriebe ansiedeln. Er richtet die Bitte an alle Entscheidungsträger, zu überdenken, ob sie selbst in dieses Altenheim gehen würden.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach bemerkt, dass die Stadtpflege mit ihren 2 LKW's über die Fuggerstraße abbiegen wird und sich die Zunahme des Schwerlastverkehrs in Grenzen hält. Die Stadt kämpft bereits seit Jahren für einen Kreisverkehr, wofür jedoch die Mitwirkung des Grundstückseigentümers nötig ist. Die Umsetzung kostet Geld.

Bürgermeister Heinz Josef Dick führt an, dass zur Vermarktung der Grundstücksfläche keine Ausschreibung durchgeführt wurde. Bei uns sind von sich aus Interessenten für ein Altenheim vorstellig geworden, da ein Bedarf für ca. 100 Plätze bestehen würde. Die Anfragen von potentieller Investoren erhöhte sich aufgrund dieser Zeitungsartikel auf vier. Verschiedene Flächengröße mit minimaler Fläche von 4.000 m² wurden diskutiert. Das Grundstück Hindenburgstraße / Friedrich-Ebert-Straße kam ins Gespräch, da diese Fläche voraussichtlich 2013 frei wird. Die Investoren waren von dieser Fläche angetan und haben ihre Konzepte mit betreutem Wohnen schon im Januar/Februar 2011 kundgetan. Nach ersten Verhandlungen haben zwei Bewerber weiterhin ihr Interesse bekundet; für die übrigen Bewerber war das Areal von ca. 8.000 m² zu groß. Im September 2011 wurden entsprechende Beschlüsse für eine vertragsmäßige Abwicklung gefasst. Es wurden Vertragsdiskussionen geführt und der Vertragsentwurf wurde seit Dezember 2011 mit den beiden Investoren verhandelt. Es werden keine Steuergelder verschenkt.

Beigeordneter Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erklärt, dass das Seniorenheim Arbeitsplätze schafft. Die Stadt versucht, Grundstücke an den Markt zu bringen und dies sollte man positiv sehen im Interesse der Bürger.

Bürgermeister Heinz Josef Dick teilt mit, dass er heute ein Schreiben (Email) vom Bremer Investor - der Grundstücksgesellschaft Janßen - bekommen hat, der Unverständnis über die Diskussion im Bezug auf den Standort und die Lage des Objektes bekundet.

Herr Werner Ortmann zweifelt den Grundstückspreis nicht an und dass eine rentable Investition gemacht wird. Jedoch sollte das Wohlbefinden der Bürger in erster Linie betrachtet werden und nicht wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen.

Herr Heinz Gollan spricht an, dass die Straße L 381 von Mönchengladbach aus vierspurig ausgebaut wird und weiteren Lärm bringt. Seiner Meinung nach, hat der Investor so etwas nicht berücksichtigt. Er fragt nach, warum der S-Bahnhof nicht langsam umgebaut wird.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

10. Sitzung des Gemeinsamen Betriebsausschusses für die
Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" vom 17.01.2012

Seite 5 von 7

Bürgermeister Heinz Josef Dick merkt an, dass sowohl die Stadt als auch verschiedene Interessenverbände seit Jahren darauf drängen, dass die S-Bahnhöfe umgebaut werden. Mit vereinten Kräften sei es gelungen, in die Prioritätenliste zu rücken, wobei das Jahr 2013 avisiert ist. Im Herbst sollen Pläne vorgestellt werden.

Hans-Willi Türks erklärt, dass die Sache seit einem Jahr intensiv diskutiert wird und einstimmig Beschlüsse gefasst wurden. Bei der Bürgerkritik ist er verwundert über den Zeitpunkt kurz vor Toresschluss. Die CDU-Fraktion hat im letzten Jahr eine Bürgerversammlung zur Zentralisierung der Verwaltung im Gymnasium durchgeführt, wo sich viele Bürger positiv geäußert haben.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung der Niederschrift wird Dipl.-Kaufrau Anja Jacob einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift wird das Ausschussmitglied Hans-Willi Türks einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Verlagerung der Eigenbetriebe Städt. Abwasserbetrieb und Stadtpflege

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt anhand der als Anlage 1 beigefügten Präsentation den Gesamtkontext von Ist-Situation, Neubau/Zentralisierung der Verwaltung sowie Verlagerung der Eigenbetriebe ausführlich dar.

Ausschussmitglied Hans-Willi Türks bedankt sich für die Ausführungen. Er bemerkt, dass die Pläne zeigen, dass die Hapterschließung über den Wendehammer erfolgt und fragt nach, ob das Grundstück auch entlang der Bahnlinie erschlossen wird. Des Weiteren fragt er nach, wie breit die Eingrünung wird und ob diese auf dem Grundstück notwendig ist.

Dipl.-Ingenieur Thomas Kochs führt aus, dass die Zufahrt über die Neusser Straße vorhanden ist und der städtische Wirtschaftsweg entlang der Bahnlinie in der Örtlichkeit nicht auffindbar ist.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach erklärt, dass sich die Ausgleichsflächen im Verfahren zeigen werden und vom Grundsatz zwar auf dem Grundstück auszuweisen sind, jedoch muss dies abgewogen werden.

Dipl.-Ingenieur Thomas Kochs bemerkt, dass der Plan nur eine mögliche Anordnung der Gebäude und Hallen darstellt, da sich erst im Verfahren die umzusetzende Anordnung zeigt und bittet deshalb darum, diesen Plan nicht zu verinnerlichen.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

10. Sitzung des Gemeinsamen Betriebsausschusses für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" vom 17.01.2012

Seite 6 von 7

Der sachkundige Bürger Rainer Weber findet die Vorschläge hervorragend. Er hat jedoch Probleme mit der im Beschlussvorschlag enthaltenen Formulierung „vorbehaltlich des Zustandekommens eines Notarvertrages zur Veräußerung Friedrich-Ebert-Straße/Hindenburgstraße“ und bittet um Streichung des Passus.

Beigeordneter Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze merkt dazu an, dass nichts dagegen spricht, diesen Vorbehalt herauszunehmen.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben spricht die Ausgleichsflächen an, und dass hierfür ein städtisches Konzept ausgearbeitet wurde, um diese sinnvoll zu nutzen. Ausdrücklich bittet er darum, den Halbsatz zum Vorbehalt im Beschlussvorschlag stehen zu lassen. Er sieht auch den Zeitdruck für die Verlagerung und die Kopplung dieser Maßnahme was den Verkauf des Grundstücks betrifft.

Ausschussmitglied Christian Külbs führt an, dass ihn die beschränkte Ausschreibung stört. Es wird ein Industriebau geplant. Seiner Ansicht nach senkt der Wettbewerb bei einer öffentlichen Ausschreibung die Kosten.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach erklärt, dass ein zweigeteiltes Verfahren abläuft. Im vorgeschalteten öffentlichen Verfahren (öffentlicher Teilnahmewettbewerb) können sich die Bewerber melden, die entsprechende Referenzen vorzuweisen haben. Danach wird ausgewertet, wer es machen kann und im darauf aufbauenden Vergabeverfahren werden mindestens drei geeignete Bewerber aufgefordert. Eine breite Aufstellung ist dadurch gewährleistet.

Beschluss-Nr. VIII/538	Abstimmungsergebnis: 9 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Gemeinsame Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich „Städt. Abwasserbetrieb“ und „Stadtpflege“ nimmt die von der technischen Betriebsleitung vorgeschlagene Vorgehensweise des Ausschreibungsverfahrens und den beigefügten Terminablauf für die Verlagerung der beiden Eigenbetriebe zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, die Verlagerung wie vorgeschlagen zu organisieren.	

4. Mitteilungen

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach spricht die Anfrage des Ausschussvorsitzenden Herrn Gerd Krappa in der Sitzung am 08.12.2011 hinsichtlich der Störung des Rundfunkempfangs und den gesundheitlichen Bedenken durch die Strahlenbelastung an. Mit dem Kreisgesundheitsamt wurde die Fragestellung bereits telefonisch diskutiert. Eine Rückmeldung des Rhein-Kreises Neuss auf eine offizielle Anfrage mit Bitte um schriftliche Beantwortung steht aber noch aus.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

10. Sitzung des Gemeinsamen Betriebsausschusses für die
Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich "Städt. Abwasserbetrieb" und "Stadtpflege" vom 17.01.2012

Seite 7 von 7

Dipl.-Ingenieur Thomas Kochs teilt mit, dass seit letzter Woche vermehrt Meldungen eingegangen sind, dass ältere Leute an der Haustür von Firmenvertretern angesprochen wurden, um angeblich auf Empfehlung der Stadt die Dichtheitsprüfung privater Abwasseranlagen gegen Geld anzubieten. Der Abwasserbetrieb distanziert sich von solchen unseriösen Haustürgeschäften, bietet diesen Dienst nicht an und empfiehlt auch keine einzelnen Firmen hierfür.

Ausschussmitglied Rainer Weber bemerkt, dass ein Problem auch die Medien darstellen. Im Mönchengladbacher StadtSpiegel z.B. haben vor kurzem Fachfirmen umfangreich für die Dichtheitsprüfung geworben.

Dipl.-Ing. Thomas Kochs erklärt, dass der Abwasserbetrieb derzeit machtlos ist. Nur bei Neubauten und Sanierungen muss die Dichtheitsprüfung sofort durchgeführt werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick ergänzt dazu, dass die Stadt darauf wartet, dass der Landtag nach der aufgekommenen Diskussion eine Entscheidung trifft und die Stadt dann ihre Satzung anpassen wird, damit die Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger aufhört.

Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

5. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Der sachkundige Bürger Rainer Weber bemerkt, dass er den Bremer Investor, die Janßen Grundstücksgesellschaft, für solvent hält. Hinsichtlich der Lärmbelastung hat er mit dem Eisenbahnbundesumweltamt telefoniert und erfahren, dass es darauf ankommt, wie weit das Gebäude von der Bahnlinie entfernt ist und ob es eine Oberleitung in einer Entfernung unter 40 m gibt. Die Bahn verursacht Infraschall und dadurch Bluthochdruck bei Menschen, der insbesondere problematisch für jüngere und ältere Leute ist. Er fragt nach, ob ein Schallgutachten zu machen ist und ob es eine Immissionsgrenze für Altenheime gibt.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt, dass im Verfahren natürlich ein Lärmschutzgutachten vorgelegt werden muss und jetzt nur eine Planskizze diskutiert wird. Der Investor bindet sich und die Stadt leitet ein Bauleitverfahren ein. Die Absichten sind in Einklang zu bringen. Es kann nicht willkürlich gearbeitet werden. Bürgermeister Heinz Josef Dick betont, dass es ohne die Lärmschutzgrenzen einzuhalten, kein Altenheim gibt.

Der sachkundige Bürger Rainer Weber spricht den angedachten Kreisverkehr an und dass eine Überquerung für Leute mit Rollator schwierig ist.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt, dass die Stadt bereits seit Jahren versucht, die Verkehrssituation an dieser Straßenkreuzung zu verändern und sich der Landesbetrieb vorstellen kann, dort einen Kreisverkehr einzurichten. Auch er wird immer Wert darauf legen, dass eine Überquerung möglich ist. Jedoch muss erst einmal abgewartet werden. Die Stadt muss zuerst einen Plan vom Landesbetrieb haben und es ist auch noch nicht sicher, wann der Kreisverkehr kommt.

Der sachkundige Bürger Rainer Weber fragt nach, wer der Betreiber des Altenheims ist.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach bemerkt, dass nicht definitiv bekannt ist, wer Betreiber sein wird. Der Investor Janßen arbeitet u.a. mit der Residenzgruppe zusammen.

Es liegen keine weiteren Anfragen von Ausschussmitgliedern vor.